



## MORNING NEWS

22. Juni 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.985,82	-40,98	-0,16	25.026,80	DJ 30	Börse	geschl.		
MDAX	32.638,42	-27,13	-0,08	32.665,55	NASDAQ	Börse	geschl.		
TEC DAX	3.965,93	35,08	0,89	3.930,85	Nikkei 225	72.428,20	1.178,14	1,65	71.250,06
Euro Stoxx50	6.293,13	-30,14	-0,48	6.323,27	Hang Seng	23.690,86	-233,95	-0,98	23.924,81
Bund Future	126,13	0,04	0,03	126,09	Euro / US-\$	1,1453	-0,00	-0,16	1,1471
Gold in US-\$	4.178,18	22,47	0,54	4.155,71	Öl (Brent) US-\$	79,21	-1,36	-1,69	80,57
Bitcoin / US-\$	64.007,79	238,11	0,37	63.769,68	Ethereum / US-\$	1.733,81	14,56	0,85	1.719,25

### Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.958	-27
NASDAQ Future	30.534,25	-185,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	n/a	n/a	n/a	134,14	n/a	n/a
Nokia OJ	n/a	n/a	n/a	11,87	n/a	n/a

### Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

### Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
EWU	Verbrauchervertrauen, vorab	Juni	16:00	-17,8 (-19,0)

Quelle: Bloomberg

### Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	n/a (4,09)	10-jährige Bonds	Börse	geschl.
Volumen NASDAQ	n/a (18,09)	30-jährige Bonds	Börse	geschl.

(/)=Vortag

**Am Freitag blieben die US-Börsen aufgrund eines Feiertags geschlossen.**

### Aktienmarkt Asien:

Die Hoffnungen auf Fortschritte bei den Friedensgesprächen zwischen den USA und dem Iran sowie ein anhaltender KI-Boom haben die asiatischen Aktienmärkte zum Wochenstart am Montag angetrieben. Der japanische Leitindex Nikkei stieg um 1,4 Prozent auf 72.247,21 Punkte und übersprang damit erstmals die Marke von 72.000 Zählern. Zuvor hatte er ein Rekordhoch von 72.269,64 Punkten erreicht. Der breiter gefasste Topix gewann 1,1 Prozent auf 4089,59 Zähler. Auch in Südkorea ging es bergauf: Der Leitindex legte dank einer starken Nachfrage nach Halbleiterwerten um 2,6 Prozent zu. Der MSCI-Index für asiatische Aktien außerhalb Japans verbuchte ein Plus von 1,0 Prozent. Die chinesischen Blue Chips traten dagegen auf der Stelle (Reuters).



## US Unternehmen

**China** hat im **Streit um Technologie- und Handelsbeschränkungen Vergeltungsmaßnahmen** gegen insgesamt **56 US-Unternehmen** ergriffen. Das Handelsministerium in Peking teilte am Montag mit, zehn mit dem US-Militär verbundene Firmen seien auf eine Exportkontrollliste gesetzt worden. In einer separaten Mitteilung erklärte das Finanzministerium, Maßnahmen gegen 46 weitere US-Unternehmen ergriffen zu haben. Das Vorgehen sei eine Reaktion auf die "böswillige Praxis" der US-Regierung und diene der Wahrung der nationalen Sicherheit, hieß es aus dem Handelsministerium. Zu den zehn auf der Exportkontrollliste geführten Unternehmen gehören der Motorenhersteller **Aveox** sowie die Produzenten von Seltenen Erden **MP Materials** und **USA Rare Earth**. Chinesischen Exporteuren ist es ab sofort untersagt, diesen Firmen sogenannte Dual-Use-Güter zu verkaufen, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können (Reuters).

## Marktmeldungen

Die **geplante Reform der Alterssicherung** mit einem höheren Rentenalter soll die Rente auch in den nächsten Jahren für junge Leute sicher machen. Das kündigte **Bundesarbeitsministerin** Bärbel Bas (SPD) bei einem Bürgerdialog in Berlin an. Die 30 Empfehlungen der Rentenkommission seien ein "Gesamtkunstwerk". Entstehen solle ein neues System, tragfähig für alle Generationen. An diesem Dienstag will die Regierungskommission ihren Vorschlag offiziell an Bas und Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) übergeben (dpa/AFX).

Die **EU-Kommission** will ein neues Instrument zur **Verringerung der Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen aus China** entwickeln. Das sei nötig, um Risiken zu verringern, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach einem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union. Sie sprach von "klarer Unterstützung für eine europäische Antwort, die auf der Einheit der Mitgliedstaaten und dem Dialog mit China beruht". Die EU müsse das Problem globaler Ungleichgewichte angehen (dpa/AFX).

Die von Peking künstlich niedrig gehaltene **chinesische Währung** kostet die **deutsche Wirtschaft** Jahr für Jahr Wachstum im Milliardenbereich. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) könnte in Deutschland bei einer fairen Bewertung des Yuan im Jahr 2028 um bis zu 0,3 Prozent höher ausfallen, ergab eine vom Auswärtigen Amt geförderte Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Über die Jahre 2026 bis 2028 summiert sich das laut IW auf rund 43 Milliarden Euro (dpa/AFX).

In **Großbritannien** könnte **Premierminister** Keir Starmer Insidern zufolge am Montag über seinen Rücktritt entscheiden. Der politisch schwer angeschlagene Regierungschef könnte sich dann festlegen, ob er zurücktritt oder sich einem Kampf um den Parteivorsitz in seiner Labour-Partei stelle, sagten mit den Überlegungen vertraute Personen am Sonntag. Zuvor hatten weitere Minister und Abgeordnete Starmer zum Rückzug gedrängt. Am Freitag hatte das Team seines parteiinternen Rivalen Andy Burnham erklärt, man gebe Starmer das Wochenende Zeit, um seine Lage zu überdenken und hoffe auf eine geordnete Machtübergabe. Umfragen unter Parteimitgliedern deuten darauf hin, dass Burnham eine Kampfabstimmung gewinnen würde (Reuters).

Hat **Italiens Ministerpräsidentin** Giorgia Meloni **Donald Trump** um ein Foto gebeten? Nach dieser Behauptung des US-Präsidenten gehen sich die beiden Regierungschefs in sozialen Netzwerken mit scharfen Worten an. Trump warf der Italienerin mangelnde Unterstützung für das US-Vorgehen gegen den Iran vor. Nach dem Militäreinsatz der USA wolle "sie wieder Freundschaft schließen, um ihre "Umfragewerte zu verbessern"", schrieb der Republikaner - gefolgt von einem "Nein danke!!!". Meloni konterte: "Meine Beliebtheit geht dich nichts an." Trump solle sich lieber auf seine eigenen konzentrieren (dpa/AFX).

Ein baldiger **Bundeswehreinsatz** zur Sicherung der für Energielieferungen wichtigen **Straße von Hormus** ist laut **Bundesverteidigungsminister** Boris Pistorius keine ausgemachte Sache. Es sei völlig offen, ob der Bundestag dazu noch vor der Sommerpause ein Mandat erteilen werde, sagte der SPD-Politiker am Sonntag laut Vorabbericht in der ARD. Es sei unklar, ob die Verhandlungen in der Schweiz wirklich zu einem stabilen Waffenstillstand im Nahost-Krieg führen

könnten. Dieser sei jedoch die Voraussetzung für einen Einsatz deutscher Soldaten. Zum anderen brauche ein Mandat des Bundestags auch einen internationalen Rahmen.

Die **USA** und der **Iran** haben sich bei ihren **Verhandlungen in der Schweiz** auf das weitere Vorgehen für ein endgültiges Abkommen innerhalb von 60 Tagen geeinigt. Nach den 18-stündigen Gesprächen auf Spitzenebene gaben die Vermittler Katar und Pakistan am frühen Montagmorgen den Abschluss der ersten Runde bekannt. Zu den zentralen Ergebnissen gehören die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, die die Einstellung der Kampfhandlungen im Libanon überwachen soll, sowie eine Regelung zur Sicherung der Handelsschifffahrt durch die strategisch wichtige Straße von Hormus. Der iranische Außenminister Abbas Aragtschi erklärte, sein Land habe Ausnahmegenehmigungen für Öl- und Petrochemie-Exporte, die Freigabe eingefrorener Gelder und ein Wiederaufbauprogramm zugesichert bekommen. Die Verhandlungen auf technischer Ebene sollen den Rest der Woche in dem Bergresort auf dem Bürgenstock in der Schweiz fortgesetzt werden. An den Finanzmärkten sorgten die Fortschritte für Erleichterung: Der Preis für ein Barrel (159 Liter) der Nordsee-Sorte **Brent** fiel um mehr als einen Dollar auf 79,44 Dollar. Die Gespräche hatten zuvor unter **großen Spannungen** begonnen. **US-Präsident** Donald Trump hatte **mit neuen Angriffen gedroht**, sollte der Iran seine Verbündeten im Libanon nicht zügeln. "Wenn sie das nicht tun, werden wir den Iran wieder sehr hart treffen, genau wie letzte Woche, nur noch härter", schrieb Trump in den sozialen Medien. Zudem brachte Trump am Samstag die Erhebung von Mautgebühren für die Meerenge durch die USA ins Gespräch. Solche Gebühren könnten für Leistungen erhoben werden, die die USA als "Schutzmacht" der Länder des Nahen Ostens erbracht hätten - "zum Zwecke der Erstattung von Kosten in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft". Trump erklärte, er habe der Absichtserklärung für die Gespräche zugestimmt, um eine weltweite wirtschaftliche Depression durch hohe Ölpreise abzuwenden (Reuters).

Bei den von Katar und Pakistan vermittelten **Gesprächen zwischen den USA und dem Iran** in der Schweiz gibt es nach iranischen Angaben gute Fortschritte. Unter anderem sei ein Mechanismus für die sichere Durchfahrt von Schiffen durch die Straße von Hormus vereinbart worden, teilt das Außenministerium in Teheran mit. Die Arbeit der Verhandlungsdelegation sei nach 18 Stunden abgeschlossen, die technischen Teams setzten ihre Arbeit jedoch fort. Die Vermittler Katar und Pakistan würden ein Dokument mit den vereinbarten Eckpunkten veröffentlichen. Damit sei der Grundstein für Verhandlungen über ein endgültiges Abkommen gelegt. Auch bei der Umsetzung der Verpflichtungen der Gegenseite gebe es Fortschritte, berichten staatliche iranische Medien übereinstimmend (Reuters).

Die **ersten Gespräche** zwischen dem **Iran** und den **USA** über Details für ein dauerhaftes Kriegsende sind **von Drohungen und Vorwürfen überschattet** worden. US-Vizepräsident JD Vance sagte am Sonntag am Verhandlungsort auf dem Schweizer Bürgenstock zunächst zwar, man habe "große Fortschritte erzielt" und US-Präsident Donald Trump wolle ein "neues Kapitel" in den gegenseitigen Beziehungen aufschlagen. Nur kurze Zeit später schrieb Trump selbst aber auf seiner Plattform Truth Social, der **Iran** müsse die **Hisbollah-Miliz im Libanon** davon abhalten, Unruhe zu schüren. "Andernfalls werden wir den Iran wieder sehr hart angreifen, so wie letzte Woche, nur härter." Das iranische TV berichtete daraufhin, der Iran habe bei den USA wegen der Drohungen protestiert und prüfe nun seine nächsten Schritte. Der Iran hatte am Wochenende zudem erklärt, wegen erneuter israelischer Angriffe im Libanon die **Straße von Hormus wieder geschlossen** zu haben, die sehr wichtig für die weltweite Ölversorgung ist (Reuters).

Dem Sender *Fox News* sagte **US-Präsident Trump**, er habe dem **Iran** wegen der **Straße von Hormus** eine dringende Warnung übermittelt. "Wenn ihr sie schließt, habt ihr kein Land mehr", wurde Trump von Fox News zitiert. "Ihr werdet nicht einmal mehr in euer verdammtes Land zurückkehren können."

Unter dem Eindruck wachsender Spannungen mit dem Iran hat **US-Präsident** Donald Trump mit einer **US-Maut** in der **Straße von Hormus** gedroht. Sollte kein finales Friedensabkommen zustande kommen, könnten sich die USA so ihre Dienste als "Schutzengel" der Region vergüten lassen, teilte er auf seiner Plattform Truth Social mit. Trump machte nun erneut deutlich, dass der Iran aus US-Sicht keine Gebühren für die Durchfahrt kassieren werde, weder während der 60-tägigen Verhandlungen noch danach (dpa/AFX).



Der **iranische Präsident** Massud Peseschkian zeigt sich bereit, den **USA** auch schriftlich zu garantieren, dass der Iran künftig kein **Atomwaffenprogramm** verfolgen werde. "Falls notwendig, können wir schriftlich festhalten, dass wir nicht beabsichtigen, eine Atombombe zu bauen", sagte Peseschkian laut Nachrichtenagentur Irna. Ob eine solche Zusicherung Teil der laufenden Gespräche mit den USA in der Schweiz sein wird, ließ er offen. Peseschkian verwies erneut darauf, dass bereits der frühere oberste Führer Ali Chamenei aus religiösen Gründen die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen abgelehnt habe (dpa/AFX).

**Israel** ist nach Worten des **Verteidigungsministers** Israel Katz nicht bereit, Einschränkungen beim Vorgehen seiner Armee im **Südlibanon** zu akzeptieren. Man könne dort weiterhin "Maßnahmen zur Beseitigung von Bedrohungen ergreifen", hieß es in einer Mitteilung von Katz. Nach tödlichen Angriffen auf israelische Truppen habe die Armee zuletzt "mit großer Härte reagiert" und "eine sehr große Zahl von Hisbollah-Kämpfern ausgeschaltet", hieß es weiter. "Der Schutz des Lebens unserer Soldaten und Bürger hat oberste und uneingeschränkte Priorität." Auch nach Verkündung einer Waffenruhe blieben die israelischen Truppen im Südlibanon, bekräftigte er. "Israel wird sich nicht aus der Sicherheitszone im Libanon zurückziehen", sagte er demnach (dpa/AFX).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj hat **Belarus** vorgeworfen, Signalverstärker für russische Drohnen an der Grenze zur Ukraine aufgestellt zu haben und von Machthaber Alexander Lukaschenko deren Abbau innerhalb einer Woche gefordert. "Wenn er das nicht macht, machen wir es", sagte Selenskyj bei einer Pressekonferenz mit dem Präsidenten von Honduras, Nasry Asfura. Auf belarussischem Gebiet befinde sich Technik, die den Beschuss auf die ukrainische Bevölkerung lenke, sagte er (dpa/AFX).

Bei neuen massiven **ukrainischen Drohnenangriffen** sind auf der von Russland annektierten Schwarzmeer-Halbinsel **Krim** nach Behördenangaben im Raum Kertsch mindestens vier Menschen getötet worden. Nach den Attacken gebe es auch 28 Verletzte, teilte der von Moskau eingesetzte Krim-Chef Sergej Aksjonow am Morgen bei Telegram mit. Details nannte er nicht. Nach Berichten in sozialen Netzwerken gab es mehrere Explosionen und Brände in verschiedenen Regionen der Halbinsel. Im Kraftstoffterminal der Hafenstadt Kertsch sei ein Feuer ausgebrochen, eine große Rauchwolke liege über der Region, berichtete das Telegram-Portal "Krymski Weter" am Morgen. Die Angaben lassen sich nicht unabhängig überprüfen (dpa/AFX).

Die Zeichen für eine Krise auf der von Russland annektierten Halbinsel **Krim** verdichten sich. In der Hafenstadt **Sewastopol** seien für Montag alle öffentlichen Open-Air-Veranstaltungen abgesagt worden, teilt Stadtgouverneur Michail Raswoschajew auf Telegram mit. Es werde auch keine Straßenbeleuchtung geben. Raswoschajew ruft die Bevölkerung zum Stromsparen auf. Zuvor hatten ukrainische Drohnenangriffe auf Versorgungswege und Energieanlagen zu einem Treibstoffmangel in der bei russischen Touristen beliebten Urlaubsregion geführt (Reuters).

Die **russische Luftabwehr** hat am frühen Morgen nach eigenen Angaben Dutzende **Drohnen über Moskau** abgeschossen. Insgesamt seien fast 60 auf die Hauptstadt zusteuern Drohnen abgefangen worden, teilt Bürgermeister Sergej Sobjanin über den Kurznachrichtendienst Telegram mit. Rettungskräfte seien zu den Absturzstellen entsandt worden. Der Flugverkehr an den Hauptstadtf Flughäfen Scheremetjewo, Domodedowo und Wnukowo sowie im nahegelegenen Schukowski sei vorübergehend eingestellt worden, erklärt die Luftfahrtbehörde (Reuters).

Bei einem **russischen Raketenangriff** auf die südukrainische Region **Odessa** wurden nach Angaben des örtlichen Gouverneurs ein Mensch getötet und drei weitere verletzt. Russland habe eine ballistische Rakete vom Typ Iskander auf einen landwirtschaftlichen Betrieb abgefeuert, teilt Gouverneur Oleh Kiper auf dem Kurznachrichtendienst Telegram mit. Dabei seien Fahrzeuge und Treibstofftanks in Brand geraten (Reuters).

**China** hat seine zentralen Kreditvergabezinsen den 13. Monat in Folge unverändert gelassen. Der **einjährige Referenzzins** (LPR) liege weiterhin bei 3,00 Prozent, teilte die chinesische Zentralbank People's Bank of China (PBOC) mit. Der **fünfjährige LPR** bleibe bei 3,50 Prozent. Mit der Entscheidung erfüllte die Zentralbank die Erwartungen der Finanzmärkte. In einer Umfrage der Nachrichtenagentur *Reuters* hatten in der vergangenen Woche alle 30 befragten

Experten mit diesem Schritt gerechnet. Das Festhalten an den Zinsen signalisiert, dass die Behörden trotz einer uneinheitlichen wirtschaftlichen Entwicklung keine Eile haben, die Geldpolitik zu lockern.

## Gesundheitswesen

**Bundesgesundheitsministerin** Nina Warken sieht keinen Spielraum, um der **US-Regierung** im Streit um **Medikamentenpreise** entgegenzukommen. "Im Bereich der Zölle gibt es geltende Vereinbarungen", sagte die CDU-Politikerin am Sonntag beim Tag der offenen Tür in Berlin. Im Rahmen ihrer Gesundheitsreform "sehe ich da wenig Spielraum", sagte sie zu der Forderung aus Washington. Die US-Regierung hat eine Untersuchung zu deutschen Medikamentenpreisen eingeleitet, weil sie Preise in den USA senken möchte und anderen Ländern vorwirft, zu hohe Abschläge von der Pharmaindustrie zu verlangen. Alles weitere werde man in der Bundesregierung und den USA besprechen, sagte Warken. **Kanzler** Friedrich Merz hatte das Thema am Freitag als innerdeutsches Thema bezeichnet und US-Vorwürfe und die Drohung neuer Zölle zurückgewiesen (Reuters).

## Industrie

Einem **Börsengang** des deutsch-französischen Panzerbauers **KNDS** vor der Sommerpause steht offenbar nichts mehr im Wege. Die Bundesregierung und die deutschen Eigentümerfamilien, die bisher 50 Prozent an KNDS halten, haben sich einem Insider zufolge auf einen **Einstieg des Bundes mit 40 Prozent** geeinigt. Der deutsch-französische Hersteller der Panzer "Leopard 2" und "Leclerc" werde dabei mit rund 15 bis 18 Milliarden Euro bewertet, sagte eine mit dem Vorgängen vertraute Person am Sonntagabend der Nachrichtenagentur *Reuters*. Der genaue Preis - rechnerisch sechs bis sieben Milliarden Euro - werde sich danach bemessen, wie sich die KNDS-Aktie nach dem Börsengang in Frankfurt und Paris entwickle.

## Lebensmittel / Getränke

Die "**Wirtschaftsweiser**" **Monika Schnitzer** spricht sich für eine **Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie** aus. "Die kostet rund 3,4 Milliarden Euro pro Jahr und rettet, soweit wir wissen, nicht wie versprochen die Landgasthäuser", sagte die Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dem "*Spiegel*". Stattdessen profitierten Ketten wie McDonald's und Burger King. "Das ist eine der überflüssigsten Subventionen seit langem."

**Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin** Manuela Schwesig hat Forderungen der "Wirtschaftsweisen" Monika Schnitzer nach Rücknahme der **Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie** widersprochen. "Der reduzierte Mehrwertsteuersatz ist eine wichtige Entlastung für das Hotel- und Gaststättengewerbe", sagte die SPD-Politikerin. Er gleiche die steigenden Personal- und Energiekosten und fehlende Nachfrage aus (dpa/AFX).

## Öl & Gas

Der **Schiffsverkehr** in der **Straße von Hormus** ist Schifffahrtsdaten zufolge nach der erneuten Blockade-Erklärung des Iran drastisch eingebrochen. Lediglich fünf Schiffe durchquerten die Meerenge am Sonntag, verglichen mit 26 am Vortag, wie aus Daten der Analysefirma Kpler hervorgeht. Das US-Militär teilt hingegen mit, dass weiterhin Handelsschiffe in dem Gebiet verkehren (Reuters).

## Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Der für seine provokanten Sprüche bekannte Chef der Fluggesellschaft **Ryanair, Michael O'Leary**, bleibt bis April 2032 auf seinem Posten. Der neu vereinbarte Vertrag umfasse "ein moderates Jahresgehalt sowie einen gedeckelten jährlichen Bonus", teilte das Unternehmen mit, ohne konkrete Zahlen zu nennen. Zudem erhält O'Leary Anspruch auf eine einmalige Kaufoption auf zehn Millionen Stammaktien, die unter bestimmten Bedingungen zu einem Preis von knapp 27 Euro geltend gemacht werden können (dpa/AFX).



STEU BING AG  
WERTPAPIERHANDELSBANK



## FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

[privatemarkets.faros-consulting.de](http://privatemarkets.faros-consulting.de)

### Kontakt

Wolfgang Steubing AG  
Wertpapierdienstleister  
Goethestraße 29  
60313 Frankfurt a. M.  
T +49 69 29716 0  
F +49 69 29716 111  
[info@steubing.com](mailto:info@steubing.com)  
[www.steubing.com](http://www.steubing.com)

### Morning News

Alexander Dietzer  
T +49 69 29716 149  
[alexander.dietzer@steubing.com](mailto:alexander.dietzer@steubing.com)

### Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn  
T +49 69 29716 131  
[michael.heidn@steubing.com](mailto:michael.heidn@steubing.com)

### Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

### Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
Graurheindorferstraße 108  
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28  
D-60439 Frankfurt

